

## **CDU und FDP lehnen Netzwerk gegen Rechts ab**

*„Unser Oberberg ist bunt, nicht braun!“ kritisiert die Entscheidung des Kreistags, kein Netzwerk gegen Rechts einzuführen*

Das lokale Bündnis „Unser Oberberg ist bunt, nicht braun!“ nimmt mit Enttäuschung den Ausgang der Kreistagssitzung vom 8. Juli zur Kenntnis. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen haben aufgrund zunehmender rechtsextremer Tendenzen einen begrüßenswerten Antrag zur „Bildung eines Netzwerks gegen rechtsradikale, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Kräfte im Oberbergischen“ eingebracht. In diesem Netzwerk sollten Kommunen, Schulen, Kirchen, Gewerkschaften und Vereine gemeinsame Strategien und Aktionsmodelle gegen die aufkeimenden rechtsextremen Tendenzen entwickeln und somit bereits präventiv die Bedeutung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie vermitteln helfen. Dieser Antrag wurde von der CDU/FDP-Mehrheit abgelehnt.

Positiv hervorzuheben ist jedoch die Haltung des CDU-Kreistagsmitglieds Frau Monika Höfer, die ebenfalls für solch ein Netzwerk geworben hat. Leider hatte sie die Stoßrichtung verwässert, indem sie dieses jedoch nicht auf eine rechtsextreme Ausrichtung begrenzt wissen wollte, sondern auch linksextreme Kräfte ins Visier nehmen möchte. Dieser Vorschlag wurde sogar von der Antrag stellenden SPD-Fraktion übernommen.

Marco Penz, stellvertretender Vorsitzender von „Unser Oberberg ist bunt, nicht braun!“, hat die Sitzung verfolgt und erklärt folgendes: „Abgesehen davon, dass man aus unserer Sicht Rechtsextremismus und Linksextremismus qualitativ nicht gleichsetzen kann, bedauern wir die Haltung der oberbergischen CDU zum Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, zumal die Antragssteller mit der Erweiterung des Netzwerks auch auf linksextreme Kräfte einen großen Schritt auf die CDU zugekommen sind. Für uns ist das Votum gegen den Vorschlag aus den eigenen Reihen völlig unverständlich und zeigt zum wiederholten Mal, dass die oberbergische CDU und FDP die in den letzten Jahren zunehmenden rassistischen und intoleranten Tendenzen nicht ernst nehmen. Die Parteien sollten endlich dazu übergehen, vordergründige Kategorisierungen in Rechts und Links zurückzustellen und sich zu inhaltlicher Arbeit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zusammentun.“

Knapp eine Woche vor der Sitzung wurden zwei Heranwachsende wegen eines Übergriffs auf einen Nümbrechter Jugendlichen mit jüdischen Wurzeln vom Landgericht Köln zu zwei Jahren und sieben Monaten bzw. zwei Jahren verurteilt. Das LG senkte zwar das Strafmaß der Vorinstanz, gab dem Gummersbacher Amtsgericht in seiner Einschätzung, dass der Übergriff rechtsextremistisch motiviert war, aber recht. Pikanter Weise handelte es sich bei dem Opfer um den Sohn eines ehemaligen CDU-Kreistagsmitglieds. Von daher verwundert es, dass die CDU keinen Handlungsbedarf sieht.